

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wirtschaftliche Erschließungsprojekte als europäische Gemeinschaftsaufgabe? Fortsetzung der Diskussion aus dem Februarheft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1955) : Wirtschaftliche Erschließungsprojekte als europäische Gemeinschaftsaufgabe? Fortsetzung der Diskussion aus dem Februarheft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 3, pp. 127-132

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132046>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftliche Erschließungsprojekte als europäische Gemeinschaftsaufgabe?

Fortsetzung der Diskussion aus dem Februarheft

„Die Privatwirtschaft muß mitmachen!“

London, 15. März

Mancherlei Versuche sind seit dem Krieg in Großbritannien unternommen worden, um überalterte und verpönte Methoden privatwirtschaftlicher Ausnutzung kolonialer Reichtümer durch langfristig geplante, möglichst international finanzierte Entwicklung und Förderung unter maßgeblicher Einschaltung lokaler Regierungs- und Verwaltungsstellen zu ersetzen. Die Ergebnisse waren nicht immer ermutigend und manchmal außerordentlich enttäuschend. Der Enthusiasmus britischer Reformatoren scheiterte allzu oft an der Ungunst der Verhältnisse, am Mangel an geschultem oder schulbarem Personal, an Apathie und Antipathie der hilfsbedürftigen Bevölkerung und vor allem natürlich auch am Mangel an Investitionskapital, der um so spürbarer ist, weil private Kapitalisten in unterentwickelten Überseegebieten erfahrungsgemäß keinerlei Neigung zeigen, sich im Allgemeininteresse finanziell zu engagieren. Wirtschaftliche Erschließungsarbeiten müssen deshalb von Regierungen oder Lieferfirmen in den fortschrittlichen Industrieländern finanziert werden, was natürlich nur im Rahmen des ökonomisch Möglichen geschehen kann.

Englands Auslandsinvestitionen

Großbritannien investiert etwa 1½ % des laufenden Volkseinkommens im Ausland, hauptsächlich in den Dominien und zum kleineren Teil in den kolonialen Territorien des Commonwealth. Darüber hin-

aus sind keine Kapitalien für unterentwickelte Länder vorhanden, obwohl sich die britische Regierung aus grundsätzlichen außenpolitischen Erwägungen an allen internationalen Gemeinschaftsorganisationen beteiligt. Großbritannien unterstützt nicht nur die finanziellen Institutionen der Vereinten Nationen, die Weltbank, die geplante Internationale Finanz-Korporation usw., sondern nimmt auch an regionalen Unternehmen wie dem Colombo-Plan für Südostasien aktives Interesse. Dem „Aufschluß der gewaltigen Wirtschaftsquellen der Commonwealth-Familie“, den Schatzkanzler Butler auf der letzten Parteikonferenz der Konservativen als einen der vier Hauptpunkte seiner Wirtschaftspolitik nannte, dienen u. a. die Commonwealth Finance Co. — mit einem Eigenkapital von 15 Mill. £ — und der Colonial Development and Welfare Fund, der in den nächsten fünf Jahren die Grundlage für Gesamtinvestitionen, hauptsächlich für Straßen- und Schienenverkehr, Wasserbau und Elektrizitätswirtschaft, im Gesamtbetrag von 600 Mill. £ bilden soll.

Gewöhnliches Privatkapital kommt für solche auf lange Sicht berechneten Erschließungsarbeiten unter den obwaltenden Umständen kaum als Risikoträger in Betracht, obwohl Commonwealth-Regierungen begrenzten Zugang zum Londoner Kapitalmarkt haben und britische Industriegruppen sich kapitalmäßig im Rahmen erwarteter Warenaufträge an Überseeunternehmen be-

teiligen, auch wenn sie nicht unmittelbar rentabel sind. Die britische Regierung ist der Auffassung, die auch in führenden City-Kreisen weitgehend geteilt wird, daß die Förderung der unerschlossenen Gebiete einen organischen Teil der weltwirtschaftlichen Gesamtentwicklung bilden muß und daß ihr Tempo und Ausmaß letzten Endes davon abhängen muß, welchen Beitrag diese Gebiete zum Fortschritt der Weltwirtschaft, und insbesondere zur Rohstoffversorgung der Industrieländer, leisten können. Eine weniger praktische Beurteilung des Problems würde der Vielzahl der vorhandenen Schwierigkeiten nicht gerecht werden.

Sind die Schwierigkeiten auf dem Kontinent bekannt?

Zweifelloos kommt den USA eine führende Rolle bei der Kapitalbeschaffung und Hilfestellung für wirtschaftlich rückständige Gebiete zu. So wie britische Politiker und Wirtschaftler deshalb eine stärkere Beteiligung amerikanischen Kapitals an der Erschließung des afrikanischen und asiatischen Wirtschaftspotentials wünschen, würde man in London auch eine stärkere finanzielle, industrielle und vor allem auch technische Mitwirkung Kontinentaleuropas innerhalb internationaler Gremien begrüßen. Wenn die politische Spaltung zwischen Ost und West das Feld für wirtschaftliche Erschließungsarbeiten auf dem Kontinent selbst einengt, so besteht um so größere Ursache, freie Kapitalmittel in Überseegebieten nutzbringend zu verwenden. Die deutsch-französische Erklärung hinsichtlich gemeinsamer Erschlie-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

Bungsarbeiten vom 26. Oktober 1954 ist deshalb in London grundsätzlich begrüßt worden, zumal Großbritannien selbst an solchen regionalen Gemeinschaftsarbeiten teilnimmt. Man fragt sich aber in London, ob die großen Schwierigkeiten solcher Unternehmen auf dem Kontinent bekannt sind.

Konventionelle Methoden reichen nicht aus

Die Mitglieder des Colombo-Plans, mit dem die geplante deutsch-französische Zusammenarbeit vielleicht manches gemein hat, mußten feststellen, daß die gewaltigen Kapitalien nicht durch konventionelle Finanzierungsmethoden beschafft werden können; die Kapital-lücke ist tatsächlich größer und

Aus dem Blickfeld der italienischen Wirtschaftsplanung

Rom, 14. März

Unter den europäischen Staaten hat sich Italien mit geringsten Vorbehalten und größter Verständigungsbereitschaft die Bestrebungen zur internationalen Zusammenarbeit und den Gedanken der westeuropäischen Integration zueigen gemacht.

Zu weitgehende Konzessionen?

Die Einstellung auf diese Linie, zu der sich mit dem Rückhalt in der Koalition, den Kabinetten und den Kammern De Gasperi und Sforza bekannt haben und an der auf der gleichen Grundlage Scelba und Martino festhalten, ist mit dem Postulat des gemeinsamen Verzichts auf Anteile der Souveränität bis zur Preisgabe der staatlichen Selbständigkeit nachgerade zum Leitmotiv der italienischen Außenpolitik geworden. Das Bekenntnis Italiens zum Solidaritätsprinzip, das im Inland in Anbetracht der Härten des Friedensvertrages teilweise als zu weitgehende Konzessionspolitik kritisiert wird, beruht auf der Einsicht, daß die Vorbedingungen zur Verbesserung der italienischen Wirtschaftslage, nämlich die Sicherung des Rohstoffbedarfs durch den Fertigwarenabsatz, demgemäß auch die fortschreitende Industrialisierung des anders nicht produktiv zu gestaltenden Südens, die Unterbringung des Garten- und Weinbauüberschusses und schließlich auch

nicht kleiner geworden, seitdem man an die Detailarbeit gegangen ist. Der Erfolg kontinentaleuropäischer Gemeinschaftsunternehmen wird auch davon abhängen, ob die von den politischen Führern erstrebte Zusammenarbeit auch von privaten Wirtschaftskreisen, und nicht nur von öffentlichen Finanzinstituten, unterstützt wird. Nur ein auf breitester Grundlage arbeitendes gemischtwirtschaftliches Unternehmen, an dem lokale Behörden, Banken und Versicherungsgesellschaften, Lieferfirmen und internationale Finanzorganisationen verantwortlich mitarbeiten, kann die großen Kapitalien mobilisieren, ohne die jedes großzügige Programm in den Anfängen stecken bleiben würde. (A.)

die Ausschöpfung des Arbeitslosenreservoirs nur durch langfristige internationale Vereinbarungen, also über die Schaffung eines entsprechend großen, aufnahme- und abgabefähigen Gemeinschaftsmarktes zu erzielen sind.

Handelspolitik und gemeinsamer Markt

Von solchen Überlegungen ist Italien bei der in einem Zuge durchgeführten Liberalisierung seiner Einfuhr ausgegangen, durch die es in die Lage versetzt wird, eine analoge Handelspolitik von den anderen Partnern in der EZU zu verlangen und das Wirksamwerden der Freihandelstendenzen im OEEC- und GATT-Bereich zu verstärken. Italien hat erkannt, daß es seine Außenhandelsposition nicht durch Drosselung der Importe, sondern nur durch Erweiterung seiner Exporte erreichen kann. Alle seine bilateralen Wirtschafts- und Handelsverhandlungen, so im besonderen mit der Bundesrepublik, mit Frankreich und jetzt mit Jugoslawien, lassen die betonte Tendenz erkennen, zu Positionen zu gelangen, die geeignet sind, die wirtschaftliche Zusammenarbeit real zu gestalten, das Gefälle zwischen dem eigenen und den anderen Märkten zu verringern und auf diese Weise der europäischen, in einigen Relationen wohl auch der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft näherzukommen. Allerdings muß

Italien dabei in Rechnung stellen, daß es für eine längere Zeit, mindestens für ein Jahrzehnt, und solange das Angebot von Arbeitskräften nicht positiv eingeschätzt wird, eher der Nehmer als der Geber sein wird. Zwar wurde bei den um die Dezembermitte in Bonn geführten Wirtschaftsbesprechungen — außer den auf das wachsende italienische Handelsbilanzdefizit abgestellten Fragen der Beschäftigung italienischer Arbeiter in der Bundesrepublik, der Vergebung deutscher Rüstungsaufträge an die italienische Industrie und der Ermäßigung bestimmter deutscher Zollsätze — die Anlage deutschen Kapitals in Italien wie italienischen Kapitals in Deutschland, und in gleicher Weise gegenseitige Investitionen mit Mendès-France in dem in Rom festgelegten Konzept vereinbart; doch ist es klar, daß es sich praktisch vor allem um eine Hilfeleistung an das kapitalarme Italien handelt. Ein überraschender Anfang wurde allerdings mit der Erwerbung der Aktienmajorität der Konstantin-Kohlenzeche aus dem Krupp-Konzern durch die italienischen Staatsbahnen gemacht.

Vanonis Wirtschaftsprogramm

Vor dem Hintergrund dieser hier in großen Zügen angedeuteten westeuropäischen, auch nach Amerika hinüber orientierten Politik der Zusammenarbeit hebt sich das sogenannte „Wirtschaftsprogramm“ des Finanzministers Vanoni ab, das — auf einen Zeitraum von 10 Jahren abgestellt — seinem Wesen nach kein geschlossener Plan, sondern eine Absteckung der aus einer umfassend durchgeführten Wirtschaftsexpertise sich ergebenden Entwicklungschancen ist. Unter der Voraussetzung, daß die staatliche Wirtschaftslenkung richtig zum Einsatz kommt und daß der italienische Entwicklungsprozeß nicht durch Störungen von außen beeinträchtigt wird, geht dieses Konzept von der Prämisse einer jährlichen Steigerung des Volkseinkommens um 5 % während dieser Periode (gleiche Wachstumsrate wie in den letzten Jahren) aus. Die Landwirtschaft, deren Ertrag sich nicht gleichmäßig auf ansteigender Linie bewegen kann, wird mit einem sinkenden,

die Industrie und die sonstigen Produktionssektoren mit einem wachsenden Anteil an dieser Aufwärtsbewegung des Volkseinkommens beteiligt sein. Während einerseits die fünfprozentige jährliche Steigerung die Grundlage des Investitionsaufwandes bildet, muß dieser andererseits derart gezielt in seiner Infrastrukturwirkung vorgenommen werden, daß er alle jeweils möglichen Produktionsimpulse auslöst, um den Mehrertrag zu erzielen.

Die Richtlinien des Programms dürfen nicht zur Festlegung eines Schemas auf längere Sicht führen, sondern sollen lediglich den Weg vorzeichnen, der zurückzulegen ist. Die fallweise Entscheidung wird von der jeweiligen Lage abhängen, in der sich die Wirtschaft befindet, und das Entwicklungstempo würde je nach den Erfordernissen — wie etwa zur Verhinderung einer Inflation — verlangsamt, im Gegenfall beschleunigt werden müssen. Der Entwurf sieht für die Investitionen die drei „Auftriebssektoren“ (settori propulsivi) Landwirtschaft, gemeinnützige Anlagen und öffentliche Arbeiten vor; hinzu kommt der bedarfsbedingte Wohnungsbau (im Jahrzehnt rund 13 Mill. Räume mit Kosten von 5100 Mrd. Lire) als vierter Sektor.

Investitionen in den Basissektoren

Für die Erweiterung, Mechanisierung und Modernisierung der Landwirtschaft ist — immer für die Periode 1955—1964 — ein Investitionsaufwand von 3500 Mrd., davon etwa 60 % aus öffentlichen Mitteln, ins Auge gefaßt (auf den Süden unter Einschluß der Inseln würden 54 % der Gesamtmittel entfallen); für die gemeinnützigen Investitionen 4960 Mrd. (davon 3210 Mrd. zur Erweiterung der Stromproduktion, der Rest verteilt auf Erdgase, Bahnen, Telephon- und Wasserleitungen mit einem Gesamtanteil des Südens von 36 %); für öffentliche Arbeiten 2810 Mrd. (1150 Mrd. für

den Straßenbau, ferner Wasserlaufregulierungen, Meliorationen in Berggebieten, Errichtung von Schulgebäuden u. a., davon 50 % für den Süden, der an dem erwähnten Wohnungsbaubedarf mit 53 % partizipiert). Die Größenordnung der Gesamtinvestitionen wird netto (Aufwand in den vier genannten Sektoren) mit 24 000 Mrd. und brutto (unter Einschluß von Verbesserungen vorhandener Anlagen und Betriebe) mit 35 000 Mrd. Lire beziffert. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen für das Jahrzehnt in Nord- und Mittelitalien 270 000, in Süditalien und auf den Inseln 410 000 Lire. Die Differenz stellt den Mehraufwand für die Verbesserung der rückständigen Wirtschaft Süditaliens dar. Nachdruck wird auf die Erschließung noch völlig oder teilweise ungenutzter natürlicher Reichtümer, auf die Auswertung der Staatsunternehmungen nach kommerziellen Grundsätzen und nicht zuletzt auf die Auslösung der Einzelinitiative, besonders die Einschaltung des Privatkapitals gelegt.

Finanzierung mit „Austerität“-Politik

Hinsichtlich der Finanzierung des Aufwandes geht die Untersuchung von der Entwicklung der Spartätigkeit in den Jahren 1952 bis 1954 sowie von der angenommenen jährlichen Steigerung des Volkseinkommens um 5 % aus und gelangt zu der Schätzung, daß das Sparkapital, das gegenwärtig 20—21 % dieses Einkommens ausmacht, bis 1964 einen Anteil von

25 % erreichen dürfte. Die Zunahme der Investitionen ist mit 7 % jährlich veranschlagt, während der Konsumanstieg — hauptsächlich zugunsten der Neueingliederungen in den Arbeitsprozeß — auf ein Jahresmittel von etwa 4,3 % beschränkt wäre. Wie das „Programm“ auf eine von Jahr zu Jahr fortschreitende Erweiterung des Produktionsvolumens — und zwangsläufig auch auf eine analoge Entwicklung des Auslandsabsatzes — abgestellt ist, errechnet es die Schaffung von rund 4 Mill. neuen Arbeitsplätzen bis 1964, so daß zu den derzeitigen Arbeitslosen (1,8 Mill.) der Zugang der neuen Jahrgänge (2 Mill.), die Minderbeschäftigten (0,9 Mill.) und die durch die Produktivitätssteigerung freiwerdenden Arbeitskräfte, abzüglich der Auswanderer (0,8 Mill.), eingestellt werden würden. Für das Jahr 1964 wird nach diesen Berechnungen die prozentuale Verteilung der Arbeitsplätze wie folgt geschätzt (gegenwärtige Verteilung in Klammern): Landwirtschaft 33 (41), Industrie 33 (29), sonstige Zweige 34 (30).

Die Rolle der Auslandshilfe

Das Exposé, das den Ausgleich der italienischen Zahlungsbilanz für 1964 als erreichbar bezeichnet, schließt mit der Überlegung, wie wirksam die Hilfe des Auslandes zur Erreichung der in diesem Programm vorgezeichneten Ziele zum Einsatz kommen und damit dem Streben nach internationaler Zusammenarbeit einen fruchtbaren Einschlag geben könnte. (M. C.)

Um die Erschließung der jugoslawischen Wirtschaft

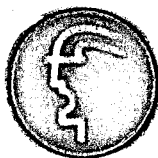
Belgrad, 14. März

Nach dem zweiten Weltkrieg blieb Jugoslawien ursprünglich außerhalb der Reihe derjenigen entwickelten oder unterentwickelten Länder Europas, die in der Periode des Wiederaufbaus vom Kapitalfluß verschiedener Formen der Marshall- und

anderer Wirtschaftshilfen profitierten. Das wirkte sich auch in einem etwas abweichenden Entwicklungsrhythmus seiner Wirtschaft im Vergleich zu den übrigen weniger entwickelten Gebieten Europas aus. Erst in den letzten Jahren, nachdem praktisch der größte Teil der

**DEUTSCHE INDUSTRIE-MESSE
HANNOVER 1955**

**Technische Messe - Mustermesse
24. APRIL - 3. MAI**



**WELTWEITEN KONTAKT
FINDET DER IN- UND AUSLÄNDISCHE
EINKÄUFER MIT 4000 AUSSTELLENDEN
FABRIKANTEN**

Auskünfte, Prospekte, Messeausweise durch die Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern • Kataloge ab 15. April

im Wege der Wirtschaftshilfe für einen beschleunigten Wiederaufbau Europas bestimmten Überschüsse amerikanischer Kapitalbildung bereits verteilt war, wurde auch Jugoslawien an der amerikanischen sowie an britischen und französischen Hilfen beteiligt. Mit einer straffen Konsumpolitik und somit vorwiegend durch eigene Kapitalbildung hat Jugoslawien die eigene Verteidigung ausbauen und eine Industrialisierung durchführen müssen, deren Zweck es unter anderem war, die Übervölkerung in der Landwirtschaft zu mildern.

Unterkonsum behindert Produktivitätssteigerung

Trotz eines Bestandes an Investitionen, der das Land nicht gerade zur untersten Stufe der unterentwickelten Gebiete Europas gehören läßt, ist die Struktur des Konsums infolge der bisherigen Entwicklung auf einem Niveau geblieben, das eine schnelle und wesentliche Steigerung der Produktivität behindert. Das Problem könnte teilweise auf dem Wege einer Ablösung der Eigenkapitalbildung durch entsprechend abgestimmte und rationell eingesetzte ausländische Mittel erreicht werden.

Einer solchen Entwicklung steht jedoch nicht nur die abnehmende Bedeutung der internationalen Wirtschaftshilfe für Neuinvestitionen in Europa überhaupt im Wege, vielmehr kann sich Jugoslawien auch nur eines Teils derjenigen Quellen internationaler Kreditfinanzierung bedienen, die der Aufschließung unterentwickelter Gebiete in der letzten Zeit zur Verfügung stehen. Daher das betonte Interesse Jugoslawiens an internationalen Konferenzen, und vor allem im Rahmen der UNO an Projekten, die zu Lasten privater Finanzierung eine organisierte öffentliche internationale Finanzierung der unterentwickelten Gebiete anstreben.

Resolution der Europäischen Wirtschaftskommission

Den Versuch einer Konkretisierung dieser jugoslawischen Bestrebungen stellt auch die Resolution der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO von März 1954 dar, auf Grund derer Wirtschaftssachverständige der vier unterentwickelten Gebiete Südeuropas (Ju-

goslawien, Griechenland, Türkei und Süditalien) einen fünf- bis zehnjährigen Erschließungsplan für diese Gebiete und eventuelle Vorschläge über die Art der Finanzierung ausarbeiten sollten. Die ersten Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten, die im Rahmen des Sekretariats der ECE in Genf stattfinden, deuten schon an, daß eine Entwicklung dieser Gebiete in näherer Zukunft ohne eine ausländische Beteiligung an den Neuinvestitionen nicht nur in die kommerziell einwandfreien Projekte, sondern auch in dringende Infrastrukturprojekte ohne unmittelbare Rendite nicht durchführbar ist.

Rentabilität der Projekte

Es dürfte nicht leicht sein, Wege zur Heranziehung ausländischen Kapitals für solche Projekte wie beispielsweise Landmeliorationen zu finden. Andererseits sind aber in den bisherigen Arbeiten Projekte angedeutet worden, die von sich aus schon eine günstige kalkulatorische Grundlage vermuten lassen und mit entsprechenden Garantien auch den schon bestehenden internationalen Finanzierungskanälen annehmbar erscheinen könnten. So könnte der Ausbau einer Autostraße entlang der Ostadriatischen Küste, durch Montenegro und über Skopje nach Saloniki, den drei Ländern Jugoslawien, Griechenland und Türkei unmittelbaren Anschluß an den europäischen Kraft- und Touristenverkehr geben und sämtliche Investitionen entlang dieser neuen internationalen Verkehrsader überaus rentabel machen.

Eine großangelegte Aufforstungsaktion vor allem mit schnell reifen Holzarten (7 bis 10 Jahre) könnte unter Umständen ein kommerziell gesundes Unternehmen darstellen, das den international fühlbaren Mangel an Zelluloseholz zu beseitigen helfen und gleichzeitig Jugoslawien die wirtschaftliche Erschließung seiner kahlen Berg- und Karstgebiete ermöglichen würde.

Ganz unabhängig von den erwähnten Forschungsarbeiten haben jugoslawische Sachverständige unter Mitwirkung deutscher und italienischer sowie österreichischer Ingenieure im Rahmen des Elektrizitätsausschusses der ECE das sog. „Yougelexport“-Projekt ausgearbei-

tet¹⁾. Dieser Gedanke der Heranziehung ausländischer Mittel zum Ausbau von Wasserkraftwerken in Jugoslawien, deren Energie zur Ausfuhr nach Deutschland, Italien und Österreich gelangen soll, beruht auf der Tatsache, daß jährlich Jugoslawien von seiner potentiellen Wasserkraft von etwa 60 Mrd. kWh zur Zeit nur etwa 3 % ausnutzt. Durch Investitionen von etwa 379 Mill. \$ in 4 bzw. 5 Wasserkraftwerke und in ein entsprechendes Hochspannungsnetz, das Jugoslawien mit dem mitteleuropäischen Netz verbindet, würde man im Rahmen dieses Projekts jährlich etwa 5 Mrd. kWh Winterenergie aus den potentiellen jugoslawischen Wasserkraften den Wirtschaften der drei Länder zuführen können. Die Erzeugungskosten dieser Energie frei jugoslawische Grenze würden sich weit unter den Erzeugungskosten neuer Wasserkraftwerke in Mitteleuropa bewegen, und sie wären auch im Vergleich mit der Thermalenergie in den vorgesehenen Verbrauchszentren konkurrenzfähig.

Neben diesen großangelegten Projekten harren eine Reihe rentabler kleinerer Projekte einer Lösung, die bei der gegenwärtigen Kapitalbildung im Lande nicht zu finden ist.

Die eigene Kapitalbildung

Wenn man den Verteidigungsaufwand ausklammert, wird in den Plänen für die nächsten Jahre die neue Kapitalbildung in Jugoslawien größtenteils aufgesaugt zunächst durch die Investitionen in die noch nicht beendeten, in der Industrialisierungsperiode angefangenen Schlüsselobjekte, dann durch Neuinvestitionen in die Landwirtschaft, die noch vor kurzem in dieser Hinsicht keinen Vorrang besaß, und schließlich durch die Ausweitung der Konsumgütererzeugung, die ja selbst zur Steigerung der Produktivität und zusätzlicher Kapitalbildung führen mußte. Solange der Engpaß ungenügender eigener Kapitalbildung durch die Auswirkungen der gegenwärtigen Investitionstätigkeit in den drei erwähnten Richtungen nicht von selbst überwunden wird, bleibt Jugoslawien zu großangelegten neuen Plänen

¹⁾ Siehe „Possibilités d'exportation d'énergie électrique en provenance de la Yougoslavie“, Somaire, 2 Bände, Genf, Januar 1955.

wirtschaftlicher Entwicklung aus eigenen Mitteln kein großer Spielraum mehr. Das Tempo solcher zusätzlichen Erschließung wird daher

in den nächsten Jahren wohl von den in verschiedener Form zur Verfügung stehenden ausländischen Mitteln bestimmt werden. (-ot)

Spaniens Bedarf und Möglichkeiten

Madrid, 13. März
Nachdem Spanien in den grünen Pool aufgenommen ist und jetzt auch den meisten Kommissionen und Organisationen angehört, deren Aufgabe die Integration der westeuropäischen Wirtschaft ist, stellt sich als akutes Problem die Frage nach dem Ausmaß, in dem die spanische Wirtschaft einen Beitrag zur westeuropäischen Gesamtwirtschaft leisten kann und in dem andererseits ihre eigenen Engpässe und Investitionsbedürfnisse sie auf ausländische Wirtschaftshilfe angewiesen sein lassen.

Umwandlung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur

Spanien befindet sich heute in einer Periode der Umwandlung seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur, deren Tempo beschleunigt wird durch den im September 1953 mit den USA abgeschlossenen Pakt, der dem praktisch seit hundert Jahren andauernden Zustand autarker Isolierung ein Ende machen soll. Schon in den letzten Jahren haben drei Studienkommissionen die Eingliederung Spaniens in die Wirtschaft Kontinentaleuropas untersucht und haben auch bereits Vorschläge unterbreitet, welchen Beitrag Spanien selbst zur westeuropäischen Integration zu leisten vermag, wie es sich der in dem neuen Pakt übernommenen Verpflichtungen entledigen kann und wie es seine wirtschaftlichen Beziehungen zu dritten Ländern gestalten kann. Zur Zeit sind diese Diskussionen besonders lebhaft, nachdem die Erschließung der unterentwickelten Gebiete im Süden einiger europäischer Länder vordringlich geworden ist. Auch in Spanien be-

dingt der auffallende Gegensatz zwischen der extremen Armut des Südens und dem relativen Wohlstand des Nordens genau wie in Italien einen Zustand des wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichts, aus dem sich schwierige Probleme ergeben. Nachdem die im Pakt mit den USA beschlossenen Bauvorhaben auch den spanischen Süden einbeziehen, dürfte die daraus resultierende Anregung des lokalen Konsums und der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit sich auf die bisher vorherrschende extensive Weidewirtschaft auswirken, und man hofft, daß die bisher lokal begrenzten Versuche zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion (vor allem durch Baumwollpflanzungen) durch die Schaffung neuer Konsumzentren einen weiteren Anstoß erfahren werden.

Fehlendes Auslandskapital

Die gegenwärtige, zu verstärkten Rüstungsanstrengungen zwingende weltpolitische Situation trifft die spanische Wirtschaft zu einem Zeitpunkt, in dem die Erneuerung des industriellen Maschinenparks und der Transportmittel ebenso dringend ist wie die Gründung neuer und der Ausbau bestehender Industrien sowie vor allem die Förderung der Landwirtschaft. In den letzten Jahrzehnten wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch einen akuten Mangel sowohl an einheimischem als auch an ausländischem Kapital gehemmt. Besonders stark wirkten sich die erheblichen Engpässe in der Energieproduktion, im Verkehrswesen, in den Grundstoffindustrien und in der Eisen- und Stahlerzeugung aus, zumal die Errichtung neuer, national wichtiger

Industrien eifrig vorangetrieben wurde und die autoritäre Investitionslenkung vom Primat der staatlichen Interessen bestimmt wurde. Entsprechend richten sich die Ausbaupläne der nächsten Zeit in erster Linie auf die Erneuerung des Transportwesens, vor allem der Eisenbahnen (deren Modernisierung rund 11 Mrd. Peseten erfordert) und auf die Erweiterung der Stromerzeugung vor allem durch Wärmekraftwerke, da der hydraulischen Stromerzeugung durch periodisch auftretende Dürren Grenzen gesetzt sind. Weiter beträgt die Kapazität der Stahlwerke gegenwärtig erst 800 000 t, so daß auch hier der durch die weitere Industrialisierung bedingte ständig wachsende Bedarf einen baldigen Ausbau unbedingt erforderlich macht. Zwar hat Spanien aus der FOA-Hilfe 85 Mill. Dollars erhalten, für die vor allem Diesel-lokomotiven, Anlagen zur Erdölraffination, Bergwerksausrüstungen (Blei, Zink, Eisen) und Kraftwerksanlagen geliefert wurden; dennoch besteht aber für die nahe Zukunft ein erheblicher Einfuhrbedarf an Investitionsgütern für Industrien aller Art, auch für die Konsumgüterindustrie, sowie zusätzlich für Rüstungs- und Neuinvestitionen.

Spanien als Markt für Investitionsgüter

Unter den bisher mit europäischen Ländern abgeschlossenen Handelsabkommen ist das Abkommen zwischen Großbritannien und Spanien wohl das vorteilhafteste, da es langfristige Lieferungen britischer Firmen vor allem von Stahlwerks- und Kraftwerksausrüstungen vorsieht und gleichzeitig die Liberalisierung spanischer Agrarprodukte fördert. Ein Stromlieferungs- und Austauschabkommen wurde mit Frankreich abgeschlossen, und auch der Handel mit Belgien, Holland, Dänemark und Schweden wurde auf



VEREINSBANK IN HAMBURG AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
20 GESCHÄFTSBETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN, KIEL

der Basis eines Austausches von industriellen Anlagen gegen Agrarprodukte und Erze geregelt. Dabei kommt auch die steigende Lieferung von Hartholz aus Spanisch-Guinea zum Zuge. Dänemark lieferte besonders Ausrüstungen für die Zementproduktion, die den schnellen Ausbau der spanischen Zementindustrie unterstützten.

So stellt sich Spaniens Rolle in der wirtschaftlichen Integration Westeuropas vor allem als die eines großen potentiellen Marktes für industrielle Investitionsgüter, deren Voraussetzung allerdings eine langfristige Finanzierung entweder im Rahmen der Handelsverträge oder durch zusätzliche Kapitalinvestitionen ist. Darüber hinaus besteht ebenfalls großer Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen aller Art, die allerdings nur in langsamerem Tempo absorbiert werden können, da die Voraussetzungen für die Intensivierung der Agrarproduktion sich nicht kurzfristig schaffen lassen, ganz abgesehen von dem Problem einer ausreichenden Schulung der Arbeitskräfte und des Baus von Wohnungen in den betreffenden Gebieten. Dagegen bieten sich außer im Rahmen der Handelsverträge relativ geringe Absatzmöglichkeiten für Fertigwaren, mit Ausnahme vielleicht von Spezialerzeugnissen der Optik, Feinmechanik und Elektrotechnik. Andererseits dürfte sich der Markt für industrielle Hilfsstoffe ständig vergrößern, angefangen von Farben für die Textilindustrie über Hilfsstoffe zur Erzeugung von Kunststoffen, Hausrat und industriellen Geräten bis zu Rohstoffen für chemische und pharmazeutische Artikel.

Auf dem Gebiet der Energieerzeugung, des Ausbaus der Bergwerke und der Modernisierung der Eisenbahnen bleiben die wichtigeren Lieferungen in den nächsten Jahren wahrscheinlich den USA überlassen. Die westeuropäischen Industrieländer, vor allem Großbritannien, die Schweiz und Schweden, haben sich allerdings schon in diese Lieferungen eingeschaltet, während den übrigen Ländern die erwähnte „Komplettierung“ der spanischen Industrie sowie die Lieferung von Transportmitteln vorbehalten bleiben wird; allerdings

hat Spanien bereits die Produktion von Lastkraftwagen, Personenwagen sowie vor allem von Motorrädern und -rollern aufgenommen und diese Industrien natürlich entsprechend geschützt.

Spaniens Beitrag zur Integration

Als spanische Gegenlieferungen bieten sich heute außer seinen klassischen Agrarprodukten (Frisch- und Trockenfrüchte, Zitrusfrüchte und Wein) in erster Linie Reis und Zucker, tropisches Hartholz und Kork, Schaf- und Ziegenfelle, Pyrite, Eisenerz, Zink, Blei, Flußpat, Kalisalze, Olivenöl, Fisch- und Fruchtkonserven, ätherische Öle, Kollophonium, Wolfram, Quecksilber, Baumwoll- und Wollgewebe und Baumwollkonfektion. Der Nachteil der landwirtschaftlichen Produktion besteht natürlich in den großen Ernteschwankungen, die sich nur teilweise durch Lagerhaltung ausgleichen lassen. Dennoch sind der Bau

von Lagerhäusern und die landwirtschaftliche Kreditgewährung von größter Wichtigkeit für die zukünftige Intensivierung der spanischen Agrarproduktion, die heute als vordringlichste Bedingung eines aktiven spanischen Beitrags zur wirtschaftlichen Integration Westeuropas bezeichnet werden darf.

Die potentiellen Produktionsmöglichkeiten der spanischen Wirtschaft sind groß, aber in allen Zweigen besteht ein erheblicher Bedarf an Kapital und Gütern. Das bilateral ausgerichtete Außenhandelssystem wird einen Transfer von Zinsen und Dividenden für ausländische Investitionen nur im Rahmen der jeweiligen Abkommen zulassen, und auch der generell auf 25 % festgelegte Anteil ausländischen Kapitals an industriellen Neugründungen wird nur von Fall zu Fall entsprechend dem bestehenden Interesse erhöht werden. (Ar.)

Kann Abschreckung den Krieg verhüten?

Zweifellos sind wir heute in einem Stadium der technischen Kriegführung angelangt, wo alle Voraussetzungen gegeben sind, um allein aus der Vorstellung vor den möglichen Kriegsfolgen die Kriegführung als politisches Mittel unbedingt abzulehnen. Mehr als je dürfte heute die Behauptung zutreffen, daß ein künftiger Krieg nicht mehr Sieger und Besiegte, sondern nur noch Untergegangene — und vielleicht Überlebende — kennen wird. Theoretisch wäre es also möglich, daß die Abschreckung den Krieg verhindert. Ist es aber auch praktisch so? Wenn wir bereits heute nicht einmal mehr übersehen können, welcher Schaden durch die sich häufenden Versuche mit Atombomben angerichtet wird, wie unübersehbar müssen die Folgen bei systematischer Anwendung aller Atomwaffen sein. Aber diese rationale Erkenntnis reicht zur Abschreckung nicht aus.

Abschreckung als Mittel zur Kriegsverhinderung muß zwangsläufig zu einer Schraube des Wettrüstens führen, denn jeder will ja den anderen abschrecken. Wettrüsten ist aber ein Spiel mit dem Feuer. Für die Auflösung von Kriegen sind meistens nicht rationale Erwägungen maßgebend, sondern psychologische Imponderabilien und Prestigefragen. In der gegenwärtigen weltpolitischen Spannung dürfte es aber außerordentlich fraglich sein, ob sich heute noch auch der kleinste örtliche Konflikt auf seinen Ausgangsherd lokalisieren läßt. Selbst wenn man zunächst von der Anwendung massenmörderischer Waffen absehen wollte, so weiß man doch nie, wann der Punkt gekommen sein kann, wo man versucht sein wird, auf eine latente Reserve zurückzugreifen. Wir haben allzu oft die Erfahrung gemacht, daß eine stetig forcierte Rüstungsproduktion zu einer Überschätzung der eigenen Kraft führt und daß einmal hergestellte Waffen auf Erprobung und Anwendung drängen. Abschreckung ist — solange sie Abschreckung bleibt — eine Waffe des Nervenkriegs. Sind aber die Nerven unserer Politiker noch so gesund, daß nicht die Frage naheliegt, ob sie nicht im kritischen Zeitpunkt „die Nerven verlieren“ werden? Die Verminderung der Kriegsgefahr dürfte heute genau noch so wie früher in einer stufenweisen Abrüstung liegen.

Wir haben den Kampf um die Abrüstung auf unser politisches Programm an führende Stelle gesetzt. Man könnte die Frage aufwerfen, ob es bei unserem geringen politischen Gewicht nicht ein Unterfangen ist, das unsere Kräfte bei weitem übersteigt. Auch aus der Erfahrung heraus wissen wir, daß der Kampf um Abrüstung sich nur allzu leicht in ergebnislosen Konferenzen verläuft. Wir werden aber in diesem Kampf nicht isoliert stehen, und wir sollten unser ganzes moralisches Gewicht einsetzen, um alle Schwachen zu einem Block zusammenzuschweißen, der im Namen der Menschlichkeit für die Abrüstung kämpft. (sk)